

ANDREAS HARATSCH
CHRISTIAN KOENIG
MATTHIAS PECHSTEIN

Europarecht

10. Auflage



MOHR SIEBECK

MOHR LEHRBUCH

Andreas Haratsch/Christian Koenig/Matthias Pechstein
Europarecht



Andreas Haratsch/Christian Koenig/
Matthias Pechstein

Europarecht

10., überarbeitete und aktualisierte Auflage

unter Mitarbeit von
Tobias Fuchs und Philipp Kubicki

Mohr Siebeck

Andreas Haratsch: Geboren 1963; 1982–88 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz; 1990/91 Studium an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer; 1992 zweites juristisches Staatsexamen; 1997 Promotion; 2003 Habilitation; ab Wintersemester 2005/06 Vertreter des Lehrstuhls Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Völkerrecht an der FernUniversität in Hagen; seit 2007 Univ.-Prof. und Inhaber dieses Lehrstuhls; seit 2008 stellvertretender Direktor des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften der FernUniversität in Hagen.

Christian Koenig: Geboren 1961; 1980–85 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Mainz; 1986 Master of Laws (London School of Economics); 1988 Promotion; 1991 zweites juristisches Staatsexamen; 1993 Habilitation; seit 1994 Univ.-Prof.; seit 1999 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn.

Matthias Pechstein: Geboren 1958; 1979–85 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz und Nizza; 1987 Promotion; 1989 zweites juristisches Staatsexamen; 1989–90 Referent im Bundesministerium des Inneren für europäische Medienpolitik; 1990–93 wiss. Assistent an der Universität Bayreuth; 1993–94 Richter am Verwaltungsgericht Berlin; 1994 Habilitation; seit 1995 o. Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.

1. Auflage 1996
2. Auflage 1998
3. Auflage 2000
4. Auflage 2003
5. Auflage 2006
6. Auflage 2009
7. Auflage 2010
8. Auflage 2012
9. Auflage 2014
10. Auflage 2016

e-ISBN PDF 978-3-16-154502-3
ISBN 978-3-16-154501-6

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Jung Crossmedia Publishing in Lahnau gesetzt und von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Vorwort zur zehnten Auflage

Dieses Lehrbuch zum Europarecht richtet sich vor allem an Studierende. Wir hoffen aber auch, dem praktisch – sei es beruflich oder anderweitig – am Europarecht Interessierten beim rechtsdogmatischen und kasuistischen Zugang zur europäischen Integration behilflich zu sein. Das Lehrbuch kann sowohl als Einführung als auch zum Wiederholen des europarechtlichen Prüfungstoffes anhand der Merksätze und Übersichten herangezogen werden. Merksätze und Prüfungsübersichten sollen als Lernkontrollen zum nochmaligen Nachlesen im betreffenden Kapitel anregen. Damit die Ausführungen immer „hart am Recht“ verstanden werden, empfehlen wir nachdrücklich, parallel zur Buchlektüre die im Text zitierten Vertragsbestimmungen nachzulesen. Ebenso wichtig ist die Lektüre zumindest der Leitentscheidungen, die am Ende einzelner Abschnitte angeführt werden. Eine wertvolle Hilfe leistet dabei die von *Matthias Pechstein* kommentierte Studienauswahl von Entscheidungen des EuGH, die zeitgleich in neunter Auflage im Verlag Mohr (Siebeck) erscheint. Eine aktuelle Ergänzung hierzu bietet das Internetprojekt *DeLuxe* (www.rewi.europa-uni.de/deluxe), in welchem in Anlehnung an den Ansatz der Entscheidungssammlung die neuesten Urteile des Gerichtshofs didaktisch aufbereitet werden. In dieser zehnten Auflage wird in den Fußnoten bei den einschlägigen EuGH-Urteilen auf die Entscheidungssammlung in der neunten Auflage hingewiesen (P Nr. xy).

Die zehnte Auflage aktualisiert die Darstellung des Europarechts und berücksichtigt nicht zuletzt die Reaktionen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten auf die Finanz- und Schuldenkrise. Zudem ist nicht nur die Literatur auf den neuesten Stand gebracht worden, sondern es sind auch die seit der Vorauflage eingetretenen Entwicklungen in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union, der europarechtsrelevanten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie im relevanten Sekundärrecht der Europäischen Union berücksichtigt worden. Hinzuweisen ist darauf, dass die amtliche Entscheidungssammlung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Jahr 2012 eingestellt worden ist. Alle Entscheidungen ab dem Jahr 2012 werden in diesem Lehrbuch daher mit dem sog. European Case Law Identifier (ECLI) zitiert (näher hierzu Rn. 487).

VI Vorwort zur zehnten Auflage

In dieser zehnten Auflage werden die Vertragsbestimmungen in der neuen Artikelnummerierung des EU- und des AEU-Vertrags zitiert, wie sie durch den Lissabonner Vertrag eingeführt worden ist. Wird eine Vertragsbestimmung des Rechts vor dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages zitiert, so erfolgt dies mit dem Hinweis „a. F.“, z. B. Art. 5 EGV a. F., der nach dem Lissabonner Vertrag Art. 5 EUV entspricht, oder Art. 39 EGV a. F. für den jetzigen Art. 45 AEUV.

Bei der Erstellung der zehnten Auflage danken wir Herrn *Pascal Hirschberg* für die Mithilfe bei der Aktualisierung von Kapitel 1. Für Mithilfe bei der Überarbeitung danken wir in gleicher Weise Herrn *Tobias Growe* (2. Kapitel, Abschnitt I. bis V. und VI. 10.), Herrn *Yury Safoklov* (2. Kapitel, Abschnitt VI. 1. d) bis VI. 3.), Frau Dr. *Anke Holljesiefken* (3. Kapitel, Abschnitte I. und III. 3. bis 8.), Herrn Dr. *Sebastian Piecha* (4. Kapitel, Abschnitte IV. bis VI.) und Herrn *Christian Baier* (4. Kapitel, Abschnitt I. und II., 5. Kapitel, Abschnitte I. bis III. 2., III. 4., 5. und IV). Frau *Michelle Nagel*, Herrn *Christian Baier*, Herrn *Pascal Hirschberg*, Herrn Dr. *Sebastian Piecha*, Herrn *Yury Safoklov* und Herrn *Christoph Schmälzger*, LL.M. danken wir darüber hinaus für die Hilfe bei der Anpassung des Sach- und des Literaturverzeichnisses.

Für die engagierte und zuverlässige Koordination ebenso wie für die inhaltliche Mitarbeit danken wir Herrn *Dr. Matti Meyer* (4. Kapitel, Abschnitt III.). Darüber hinaus gilt unser Dank für die Unterstützung bei der Überarbeitung Frau *Nora Bettina Braun*, Frau *Beate Förtsch*, Herrn *Carl Prior* und Frau *Franziska Schramm*. Gleiches gilt für Frau *Gloria-Caroline Bartelt*, Frau *Anastasia Borodina*, Frau *Inge Elise Uhlig*, Herrn *Tobias Fuchs*, Herrn *Christopher Kämper* und Herrn *Philipp Kubicki*. Großer Dank gebührt zudem Frau *Birgit Löckenhoff* für ihre unermüdliche Mithilfe im Rahmen der Organisation sowie für stets wertvolle Anregungen und Anmerkungen.

Für die gewohnt vorzügliche verlegerische Betreuung danken wir Herrn *Dr. Franz-Peter Gillig* vom Verlag Mohr Siebeck.

Hagen, Bonn, Frankfurt (Oder)

*Andreas Haratsch
Christian Koenig
Matthias Pechstein*



Das Projekt DeLuxe richtet sich an alle, die an aktuellen Entwicklungen der Rechtsprechung der Unionsgerichtsbarkeit interessiert sind, Hauptzielgruppe sind Studenten und Referendare.

Die Kenntnis der wesentlichen Entscheidungen der Unionsgerichte ist notwendige Grundvoraussetzung für jeden, der sich mit dem Europarecht beschäftigt. Mit der aktuellen Entwicklung Schritt zu halten, fällt jedoch angesichts der Dynamik der unionsgerichtlichen Rechtsprechung erfahrungsgemäß immer schwerer.

Das Projekt DeLuxe will hier Abhilfe schaffen. In grundsätzlich monatlicher Folge wird eine aktuelle EuGH-Entscheidung nach einem einheitlichen Muster didaktisch aufbereitet:

- **Das Wichtigste** jeder Entscheidung wird in redaktionellen Leitsätzen am Anfang zusammengefasst.
- **Vorbemerkungen** liefern die dogmatischen Hintergründe und eine kritische Würdigung zur Einordnung der Entscheidung in die Struktur des Europarechts.

- **Vertiefende Lesehinweise** in ausbildungsrelevanter Literatur ermöglichen ein weiterführendes Selbststudium.
- Der zusammenfassende **Sachverhalt** liefert den für das Verständnis der Entscheidungsgründe notwendigen tatsächlichen Hintergrund.
- Im Hauptteil werden die wichtigsten Passagen **aus den Entscheidungsgründen** im Originalwortlaut wiedergegeben.

Die gesamte Darstellung der Entscheidungen orientiert sich an dem Werk „Entscheidungen des EuGH – Kommentierte Studienauswahl“, herausgegeben von Prof. Dr. M. Pechstein. Das Projekt DeLuxe versteht sich daher als stets aktuelle Ergänzung zu diesem Buch.

Viel Erfolg mit DeLuxe!

www.rewi.europa-uni.de/deluxe

Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
Vorwort zur zehnten Auflage	V	
Inhaltsverzeichnis	XV	
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung in Europäischer Union und Europarat

I. Zum Begriff des Europarechts	1	1
--	---	---

II. Die Ursprünge der Europaidee	2	3
---	---	---

III. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses	3	7
---	---	---

1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	4	7
---	---	---

2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	6	13
---	---	----

3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	7	16
--	---	----

4. Maastrichter Vertrag 1992	9	20
--	---	----

5. Amsterdamer Vertrag 1997	10	24
---------------------------------------	----	----

6. Vertrag von Nizza 2001	10	26
-------------------------------------	----	----

7. Auflösung der EGKS 2002	11	28
--------------------------------------	----	----

8. Erweiterung der Europäischen Union	12	30
---	----	----

9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	13	33
---	----	----

10. Vertrag von Lissabon 2007	14	34
---	----	----

IV. Europarat und europäischer Menschenrechtsschutz	16	40
--	----	----

1. Funktionsweise und Ziele des Europarates	16	40
---	----	----

2. Die Europäische Menschenrechtskonvention	18	43
---	----	----

V. Merksätze	21	50
-------------------------------	----	----

	Seite	Rn.
2. Kapitel Die Europäische Union	23	51
I. Die Architektur der Europäischen Union	23	51
1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	23	51
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	30	64
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	31	68
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungsfähigkeit der Europäischen Union	32	70
5. Merksätze	37	81
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	39	82
1. Grundregeln	39	82
2. Verfahren	40	84
3. Merksätze	42	87
III. Die EU-Vertragsänderung	42	88
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	42	88
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	46	97
3. Merksätze	47	98
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	48	99
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	48	99
2. Das Beitrittsverfahren	49	103
3. Die Beitrittswirkung	50	105
4. Merksätze	51	106
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	51	107
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	52	107
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	54	110
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	54	111
4. Merksätze	56	117
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	57	118
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	57	118
2. Die Unionsorgane	98	199
3. Rechtsetzungsverfahren	143	323
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	156	361
5. Vollzug des Unionsrechts	199	455
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	205	469
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	262	600
8. Haftung der Europäischen Union	267	608

	Seite	Rn.
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	276	625
10. Haushalts- und Personalrecht	288	652

3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des

Unionsrechts	295	664
-------------------------------	------------	------------

I. Die Grundrechte des Unionsrechts

1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlicher Grundrechtsschutzes	296	664
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	299	668
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	300	669
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	302	674
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	303	675
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	304	677
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	310	689
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	315	701
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	315	703
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	318	712
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	325	727
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	326	729
13. Merksätze	327	730

II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV

1. Schutzbereich	331	735
2. Diskriminierung	337	747
3. Rechtfertigung	339	751
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	341	754
5. Merksätze	342	755

III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte

1. Die Unionsbürgerschaft	346	762
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	352	773
3. Kommunalwahlrecht	367	794
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	370	800
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	372	804
6. Petitions- und Beschwerderecht	373	809
7. Bürgerbegehren	376	820
8. Merksätze	377	822

	Seite	Rn.
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	379	823
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	380	823
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	380	825
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	384	829
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	399	853
5. Merksätze	400	854
6. Freiheit des Warenverkehrs	400	855
7. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	431	911
8. Niederlassungsfreiheit	454	958
9. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	482	1002
10. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	514	1053
4. Kapitel Interne Politiken der Europäischen Union	531	1084
I. Landwirtschafts- und Fischereipolitik	531	1084
II. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	533	1089
1. Allgemeine Bestimmungen	534	1089
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	535	1093
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	541	1103
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	543	1105
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	547	1115
III. Wettbewerbskontrolle	549	1120
1. Wettbewerbspolitik	549	1120
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	557	1128
3. Beihilfenkontrolle	609	1205
4. Wettbewerbskontrolle im Bereich mitgliedstaatlicher Daseinsvorsorge	643	1260
5. Kurzabriss: Vergaberecht	657	1279
IV. Rechtsangleichung im Binnenmarkt	666	1290
V. Wirtschafts- und Währungspolitik	671	1297
1. Wirtschaftspolitik	671	1297
2. Die Verwirklichung der Währungsunion	672	1298
3. Die Europäische Währung	674	1303
4. Die Eurogruppe	675	1304
5. Euro-Rettungsmaßnahmen im Zeichen der Krise	676	1305
6. Austritt und Ausschluss aus der Eurozone	691	1328
7. Der Wechselkursmechanismus	692	1331
VI. Sozialpolitik	693	1332

	Seite	Rn.
5. Kapitel Auswärtige Politiken der Europäischen Union	699	1341
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	699	1341
1. Grundlagen und Ziele der GASP	699	1341
2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	701	1345
3. Die Handlungsformen der GASP	703	1349
4. Institutionen der GASP	704	1355
5. Die Finanzierung der GASP	706	1361
6. Merksätze	707	1362
II. Assoziierungspolitik	708	1363
1. Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	708	1363
2. Der Abschluss von Assoziierungsabkommen	709	1364
III. Gemeinsame Handelspolitik	711	1371
1. Die Reichweite der Außenhandelskompetenz der Europäischen Union	713	1372
2. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation	714	1373
3. Kurzabriss: Antidumping- und Antisubventionsrecht	715	1376
4. Handelsembargos der Europäischen Union	719	1385
5. Merksätze	721	1388
IV. Sonstige Auswärtige Politiken	721	1389
1. Entwicklungszusammenarbeit	722	1389
2. Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern	722	1390
3. Humanitäre Hilfe	722	1391
4. Merksätze	723	1393
 Ausgewählte Literaturempfehlungen	 725	
 Sachverzeichnis	 729	

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort zur zehnten Auflage	V	
Inhaltsübersicht	IX	
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung in Europäischer Union und Europarat

	1	1
I. Zum Begriff des Europarechts	1	1
II. Die Ursprünge der Europaidee	2	3
III. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses	3	7
1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	4	7
2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	6	13
3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	7	16
4. Maastrichter Vertrag 1992	9	20
5. Amsterdamer Vertrag 1997	10	24
6. Vertrag von Nizza 2001	10	26
7. Auflösung der EGKS 2002	11	28
8. Erweiterung der Europäischen Union	12	30
9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	13	33
10. Vertrag von Lissabon 2007	14	34
IV. Europarat und europäischer Menschenrechtsschutz	16	40
1. Funktionsweise und Ziele des Europarates	16	40
2. Die Europäische Menschenrechtskonvention	18	43
V. Merksätze	21	50

	Seite	Rn.
2. Kapitel Die Europäische Union	23	51
I. Die Architektur der Europäischen Union	23	51
1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	23	51
a) Von der Tempelkonstruktion zur einheitlichen Union	23	51
b) Die Union als Staatenverbund	26	55
c) Die Charakteristik des supranationalen Unionsrechts	27	57
d) Der intergouvernementale Charakter des Unionsrechts im Bereich der GASP	28	60
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	30	64
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	31	68
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungsfähigkeit der Europäischen Union	32	70
a) Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Union	32	70
b) Die Vertragsschlusskompetenzen der Europäischen Union	33	72
c) Das Vertragsschlussverfahren	35	77
d) Die Deliktstfähigkeit der Europäischen Union	36	79
e) Das Gesandtschaftsrecht der Europäischen Union	37	80
5. Merksätze	37	81
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	39	82
1. Grundregeln	39	82
2. Verfahren	40	84
3. Merksätze	42	87
III. Die EU-Vertragsänderung	42	88
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	42	88
a) Das ordentliche Änderungsverfahren	43	89
b) Die vereinfachten Änderungsverfahren	44	93
aa) Das vereinfachte Verfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV	44	93
bb) Das Brückenverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV	44	94
c) Kein änderungsfester Kern des Unionsrechts	45	96
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	46	97
3. Merksätze	47	98
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	48	99
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	48	99
2. Das Beitrittsverfahren	49	103
3. Die Beitrittswirkung	50	105
4. Merksätze	51	106

	Seite	Rn.
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	51	107
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	52	107
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	54	110
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	54	111
4. Merksätze	56	117
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	57	118
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	57	118
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen der EU-Mitgliedschaft nach dem Grundgesetz	59	118
b) Verfassungsrechtliche Grenzen des Ausbaus der Union	60	121
aa) Unantastbarkeit der souveränen Staatlichkeit Deutschlands	64	129
bb) Beachtung des föderalen Prinzips beim Ausbau der EU	65	130
cc) Wirksamer Grundrechtsschutz als verfassungsrechtliche Teilnahmevoraussetzung	67	133
dd) Schritthalten der Demokratie in der europäischen Integration	68	136
(a) Bewahrung der innerstaatlichen Demokratie	68	137
(B) Die Weiterentwicklung der Demokratie auf Unionsebene	69	138
c) Prozessuale Aspekte der Kontrolle durch das BVerfG	72	144
d) Unionsrecht und Recht der Mitgliedstaaten	74	148
aa) Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten	74	148
bb) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	76	155
cc) Kompetenzergänzungsbestimmung und „implied powers“	79	161
dd) Subsidiaritätsprinzip	80	164
ee) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	84	175
ff) Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	86	179
gg) Das Gebot unionsrechtskonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	91	189
e) Pflicht zur Unionstreue	93	192
f) Schutz- und Notstandsklauseln	94	194
g) Notbremsemechanismus	95	196
h) Merksätze	96	198
2. Die Unionsorgane	98	199
a) Überblick	99	199
b) Institutionelles Gleichgewicht	101	204

XVIII Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
c) Europäisches Parlament	102	207
aa) Zusammensetzung und Organisation des Parlaments	102	208
bb) Aufgaben des Parlaments	108	223
cc) Beschlussfassung	111	231
d) Europäischer Rat	111	233
aa) Zusammensetzung und Organisation des Europäischen Rates	111	234
bb) Aufgaben des Europäischen Rates	113	238
cc) Beschlussfassung	113	240
e) Rat	114	242
aa) Zusammensetzung und Organisation des Rates	114	243
bb) Aufgaben des Rates	117	249
cc) Beschlussfassung	118	251
(α) Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit	118	252
(αα) Zeitraum vom 1. Dezember 2009 bis zum 31. Oktober 2014	118	253
(ββ) Übergangsphase vom 1. November 2014 bis zum 31. März 2017	119	255
(γγ) Zeitraum ab dem 1. April 2017	121	260
(Β) Einstimmige Beschlussfassung	122	262
f) Europäische Kommission	122	264
aa) Zusammensetzung und Organisation der Kommis- sion	122	265
bb) Aufgaben der Kommission	127	278
cc) Beschlussfassung	128	282
dd) Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik	129	283
g) Gerichtshof der Europäischen Union	131	288
aa) Gerichtshof	131	290
bb) Gericht	133	297
cc) Fachgerichte	135	302
h) Europäische Zentralbank	135	303
i) Rechnungshof	137	310
j) Institutionen der Europäischen Union	138	312
aa) Wirtschafts- und Sozialausschuss	138	313
bb) Ausschuss der Regionen	139	316
cc) Europäische Investitionsbank	140	320
k) Einrichtungen und sonstige Stellen der Europäischen Union	141	321
l) Merksätze	142	322
3. Rechtsetzungsverfahren	143	323
a) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	146	329
b) Besondere Gesetzgebungsverfahren	148	337

	Seite	Rn.
aa) Anhörungsverfahren	149	340
bb) Zustimmungsverfahren	150	342
c) Der Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten	150	343
aa) Delegierte Rechtsakte	150	344
bb) Durchführungsrechtsakte	151	345
(α) Beratungsverfahren	153	353
(β) Prüfverfahren	153	354
d) Beschlussverfahren im Rahmen der GASP	154	357
e) Sonstige in den Verträgen vorgesehene Rechtsetzungs- verfahren	155	359
f) Merksätze	155	360
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	156	361
a) Zur Rechtsnatur des Unionsrechts	157	361
b) Primäres supranationales Unionsrecht	159	365
c) Sekundäres supranationales Unionsrecht	163	374
aa) Verordnungen	166	380
bb) Richtlinien	167	382
(α) Die Verbindlichkeit für die Mitgliedstaaten	167	383
(β) Unmittelbare Wirkung	170	387
(γ) Das Gebot richtlinienkonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	174	398
cc) Beschlüsse	177	403
dd) Empfehlungen und Stellungnahmen	179	411
ee) Protokollerklärungen	180	413
ff) Austauschbarkeit der Rechtsakte	180	414
gg) Formerfordernisse und Inkrafttreten von Sekundär- recht	181	416
hh) Aufhebung	184	425
ii) Durchsetzung	185	428
d) Europäisches Gewohnheitsrecht	187	431
e) Allgemeine Rechtsgrundsätze	188	435
f) Völkergewohnheitsrecht	189	438
g) Völkerrechtliche Verträge	191	446
h) Merksätze	196	454
5. Vollzug des Unionsrechts	199	455
a) Formen des Vollzugs	199	455
b) Verwaltungsorganisation bezüglich des Vollzugs	200	457
c) Verwaltungsverfahrensrecht	201	459
d) Merksatz	204	468
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	205	469
a) Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs	206	469

	Seite	Rn.
b) Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG	208	476
aa) Sachliche Zuständigkeiten des EuG	208	476
bb) Sachliche Zuständigkeiten des EuGH	209	478
cc) Verweisung bei Unzuständigkeit und Aussetzung des Verfahrens	209	480
c) Verfahrensablauf vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Gericht	210	482
d) Die einzelnen Verfahrensarten	212	488
aa) Vertragsverletzungsverfahren	212	488
(α) Funktion der Vertragsverletzungsverfahren	212	488
(β) Zulässigkeit der Vertragsverletzungsklage	213	491
(γ) Begründetheit der Vertragsverletzungsklage	216	500
(δ) Urteilswirkungen im Vertragsverletzungs- verfahren	218	505
(ε) Prüfungsschemata zu den Vertragsverletzungs- verfahren	218	506
bb) Nichtigkeitsklage	221	508
(α) Funktion der Nichtigkeitsklage	221	508
(β) Zulässigkeit der Nichtigkeitsklage	222	511
(γ) Begründetheit der Nichtigkeitsklage	230	536
(δ) Urteilswirkungen im Nichtigkeitsverfahren	231	538
(ε) Prüfungsschema zur Nichtigkeitsklage	232	539
cc) Untätigkeitsklage	234	540
(α) Funktion der Untätigkeitsklage	234	540
(β) Zulässigkeit der Untätigkeitsklage	234	541
(γ) Begründetheit der Untätigkeitsklage	237	551
(δ) Urteilswirkungen im Untätigkeitsverfahren	238	552
(ε) Prüfungsschema zur Untätigkeitsklage	238	553
dd) Amtshaftungsklage	240	554
(α) Funktion der Amtshaftungsklage	240	554
(β) Zulässigkeit der Amtshaftungsklage	241	555
(γ) Begründetheit der Amtshaftungsklage	243	562
(δ) Urteilswirkungen im Amtshaftungsverfahren	243	563
(ε) Prüfungsschema zur Amtshaftungsklage	243	564
ee) Vorabentscheidungsverfahren	244	565
(α) Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens	244	565
(β) Annahmefähigkeit der Vorlagefrage („Zulässig- keit“)	245	566
(γ) Beantwortung der Vorlagefrage durch Urteil des EuGH	249	577
(δ) Rechtswirkungen des Vorabentscheidungs- urteils	250	578

	Seite	Rn.
(e) Prüfungsschema zum Vorabentscheidungs- verfahren	251	579
ff) Rechtsmittelverfahren	253	580
gg) Einstweiliger Rechtsschutz	254	587
(α) Funktion des einstweiligen Rechtsschutzes	254	587
(β) Zulässigkeit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	255	588
(γ) Begründetheit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	256	592
(δ) Der Beschluss und seine Wirkungen	256	593
(e) Prüfungsschema zum Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz	256	594
hh) Sonstige Verfahren vor den Unionsgerichten	258	595
(α) Entscheidungen aufgrund einer Schiedsklausel	258	595
(β) Gutachten	258	596
(γ) Inzidenträge	259	597
(δ) Prüfungsschema zur Inzidenträge	259	598
e) Merksätze	260	599
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	262	600
a) Grundsatz der nationalen Verfahrensautonomie	263	600
b) Grenzen der nationalen Verfahrensautonomie	263	602
c) Merksatz	266	607
8. Haftung der Europäischen Union	267	608
a) Vertragliche Haftung	267	608
b) Außervertragliche Haftung	268	610
aa) Amtshandlung eines Unionsorgans oder -bediensetzten	268	611
bb) Rechtswidrigkeit der Amtshandlung	269	613
cc) Haftung für rechtmäßiges Unionshandeln	270	614
dd) Schutznormverletzung	270	615
ee) Schaden	272	617
ff) Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden	272	618
gg) Verschuldensunabhängigkeit des Anspruchs	272	619
hh) Rechtsfolge	273	620
ii) Verjährung	273	621
c) Haftung der Bediensteten	274	622
d) Merksätze	275	624
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	276	625
a) Herleitung des Haftungsanspruchs	276	626
b) Anspruchsvoraussetzungen	277	629
aa) Mitgliedstaatlicher Verstoß gegen Unionsrecht	277	630

	Seite	Rn.
bb) Verleihung subjektiver Rechte	280	636
cc) Hinreichende Qualifikation des Verstoßes	280	637
(α) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei der Richtlinienumsetzung	282	642
(β) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei judikativem Unrecht	283	643
dd) Kausalität zwischen Unionsrechtsverstoß und Schaden	284	644
c) Rechtsfolge	285	646
d) Verjährung	286	649
e) Prüfungsschema für den unionsrechtlichen Staats- haftungsanspruch	286	650
f) Merksätze	287	651
10. Haushalts- und Personalrecht	288	652
a) Haushaltsrecht der Europäischen Union	289	652
aa) Einnahmen der Union	289	652
bb) Mehrjähriger Finanzrahmen	290	654
cc) Haushaltsplan	290	655
dd) Haushaltsverfahren	290	656
ee) Betrugsbekämpfung	292	660
b) Personalrecht der Europäischen Union	293	662
c) Merksätze	294	663
3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts	295	664
I. Die Grundrechte des Unionsrechts	295	664
1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	296	664
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	299	668
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	300	669
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	302	674
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	303	675
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	304	677
a) Die Bindung der Unionsorgane, -einrichtungen und sonstigen Stellen	304	678
b) Die Bindung der Mitgliedstaaten	305	679
c) Bindung Privater (Drittwirkung)?	309	688
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	310	689
a) Die sachlichen Bereiche des unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	310	689

	Seite	Rn.
aa) Würde des Menschen	311	692
bb) Freiheitsrechte	311	693
cc) Gleichheitsrechte	312	694
dd) Justizielle Rechte	314	699
b) Der persönliche Schutzbereich der Unionsgrundrechte . .	314	700
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	315	701
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	315	703
a) Rechtfertigung von Eingriffen in Freiheitsgewähr- leistungen	315	704
aa) Gesetzliche Grundlage	315	704
bb) Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes	316	707
cc) Verhältnismäßigkeit der Grundrechtsbeschränkung	317	708
dd) Wahrung des Wesensgehalts des Grundrechts	317	709
b) Rechtfertigung von Eingriffen in Gleichheitsrechte	317	710
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	318	712
a) Die Rechtslage vor dem Beitritt zur EMRK	318	712
b) Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	320	715
aa) Inhalt des Entwurfs eines Beitrittsabkommens	321	716
bb) Das EuGH-Gutachten zum Entwurf eines Beitritt- sabkommens	323	722
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	325	727
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	326	729
13. Merksätze	327	730
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV	329	731
1. Schutzbereich	331	735
a) Persönlicher Schutzbereich	331	735
b) Sachlicher Schutzbereich	332	736
aa) Anwendungsbereich des AEUV	333	737
bb) Anwendungsbereich des EUV	336	744
2. Diskriminierung	337	747
3. Rechtfertigung	339	751
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	341	754
5. Merksätze	342	755
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	343	756
1. Die Unionsbürgerschaft	346	762
a) Die Unionsbürgerschaft als föderales Angehörigkeits- verhältnis	346	762
b) Die Unionsbürgerschaft als subjektives Recht	348	766
c) Prüfungsschema zur Unionsbürgerschaft, Art. 20 AEUV	351	772

	Seite	Rn.
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	352	773
a) Unmittelbare Beeinträchtigungen der Rechte auf Bewegung und Aufenthalt	354	776
aa) Schutzbereich	354	776
bb) Eingriff	355	778
cc) Rechtfertigung	356	779
b) Sonstige Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	360	785
aa) Anwendungsbereich	360	785
bb) Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	361	787
cc) Rechtfertigung	363	790
c) Freizügigkeitsrelevantes Sekundärrecht	364	791
d) Prüfungsschema zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit, Art. 21 Abs. 1 AEUV	366	793
3. Kommunalwahlrecht	367	794
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	370	800
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	372	804
6. Petitions- und Beschwerderecht	373	809
a) Petitionen zum Europäischen Parlament	373	809
b) Anrufung des Bürgerbeauftragten	374	812
c) Schriftliche Eingaben an die Organe und die beratenden Einrichtungen der Union	376	819
7. Bürgerbegehren	376	820
8. Merksätze	377	822
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	379	823
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	380	823
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	380	825
a) Funktionen des Sekundärrechts	380	825
b) Vorrangige Prüfung des Sekundärrechts	381	826
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	384	829
a) Überblick	384	829
b) Schutzbereich	384	830
c) Eingriff	385	832
aa) Verpflichtungsadressaten	385	832
bb) Diskriminierung	387	835
cc) Beschränkung	388	836
d) Rechtfertigung	392	841
e) Rechtsfolgen	397	849
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	399	853
5. Merksätze	400	854
6. Freiheit des Warenverkehrs	400	855
a) Die Zollunion	401	856

	Seite	Rn.
b) Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung	403	862
aa) Schutzbereich	403	862
(α) Sachlicher Schutzbereich	403	862
(β) Persönlicher Schutzbereich	406	870
bb) Eingriff	406	871
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten/ Schutzpflicht	406	871
(β) Mengenmäßige Ein- und Ausfuhrbeschränkungen	408	875
(γ) Maßnahmen gleicher Wirkung	410	877
(αα) Ausgangspunkt: <i>Dassonville</i> -Formel und <i>Cassis</i> -Rechtsprechung	410	877
(ββ) Einschränkung der <i>Dassonville</i> -Formel durch die <i>Keck</i> -Formel	413	882
(γγ) Anwendung der <i>Keck</i> -Formel bei Nutzungsmodalitäten?	417	888
(δδ) Übergang zu einer Neuen Formel?	419	889
cc) Rechtfertigung	420	891
(α) Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV	420	891
(β) Rechtfertigungsgründe nach der <i>Cassis</i> -Rechtsprechung	424	901
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes	426	906
c) Umformung der staatlichen Handelsmonopole	427	907
d) Merksätze	428	910
7. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	431	911
a) Schutzbereich	431	912
aa) Sachlicher Schutzbereich	432	913
(α) Begriff des Arbeitnehmers	432	913
(β) Grenzüberschreitung	435	918
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	436	919
(δ) Bereichsausnahme für die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung	437	921
bb) Persönlicher Schutzbereich	438	923
cc) Zeitlicher Schutzbereich	439	926
b) Eingriff	440	927
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	440	927
bb) Beeinträchtigungen	441	930
(α) Diskriminierungen	442	931
(β) Beschränkungen	444	936

	Seite	Rn.
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck</i> - und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	446	941
c) Rechtfertigung	447	943
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 45 Abs. 3 AEUV	447	944
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	448	947
cc) Rechtfertigung unter Berufung auf Grundrechte	449	950
(α) Staatliche Schutzpflicht zugunsten privater Grundrechtsausübung	449	950
(β) Private Grundrechtsausübung	450	951
(γ) Praktische Konkordanz	450	952
dd) Rechtfertigung privater Eingriffe durch „sachliche Gründe“	451	953
ee) Schranken-Schranken	451	954
d) Maßnahmen der Union zur Herstellung der Freizügigkeit und sozialen Sicherheit	451	955
e) Merksätze	452	957
8. Niederlassungsfreiheit	454	958
a) Schutzbereich	455	959
aa) Sachlicher Schutzbereich	455	960
(α) Der Begriff der Niederlassung	455	960
(β) Grenzüberschreitender Bezug	457	963
(γ) Bereichsausnahme für die Ausübung öffentlicher Gewalt	458	964
bb) Persönlicher Schutzbereich	459	965
(α) Natürliche Personen	459	965
(β) Juristische Personen	460	968
(αα) Beeinträchtigung durch den Gründungs- mitgliedstaat (Wegzugskonstellation)	462	972
(ββ) Beeinträchtigung durch den Aufnahme- mitgliedstaat (Zuzugskonstellation)	464	973
(γγ) Zusammenfassung	465	975
(δδ) Grenzfälle	465	976
(εε) Unionsrechtliche Gesellschaftsformen	467	978
b) Eingriff	469	982
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	469	982
bb) Diskriminierung	470	983
cc) Beschränkung durch unterschiedslose Maßnahmen	472	988
c) Rechtfertigung	474	990
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 52 Abs. 1 AEUV	474	990
bb) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe nach der <i>Gebhard</i> -Formel	475	993

	Seite	Rn.
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	477	995
dd) Schranken-Schranken	478	996
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien	479	998
aa) Der bisherige Ansatz: Sektorale Anerkennung und Koordinierung von Berufsqualifikationen	479	998
bb) Der neue Ansatz: Die einheitliche Anerkennungsrichtlinie für Berufsqualifikationen	480	999
cc) Koordinierungsrichtlinien außerhalb der Anerkennung von Berufsqualifikationen	480	1000
e) Merksätze	481	1001
9. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	482	1002
a) Schutzbereich	484	1003
aa) Sachlicher Schutzbereich	484	1004
(α) Begriff der Dienstleistung	484	1004
(β) Grenzüberschreitung/Modalitäten der Dienstleistungsfreiheit	489	1012
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	490	1014
(δ) Bereichsausnahme für die Ausübung hoheitlicher Gewalt	491	1015
bb) Persönlicher Schutzbereich	491	1016
b) Eingriff	493	1020
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	493	1020
bb) Beeinträchtigungen	493	1021
(α) Diskriminierung	495	1023
(β) Beschränkung	500	1031
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck-</i> und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	502	1033
c) Rechtfertigung	503	1037
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 62 i.V.m. Art. 52 Abs. 1 AEUV	503	1037
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	505	1040
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	506	1043
dd) Schranken-Schranken	507	1044
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien	508	1045
aa) Anerkennung von Berufsqualifikation	508	1046

	Seite	Rn.
bb) Die Dienstleistungsrichtlinie	509	1047
e) Merksätze	512	1052
10. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	514	1053
a) Verbot der Beschränkung des Kapital- und Zahlungsverkehrs	514	1053
aa) Schutzbereiche	515	1054
(α) Sachlicher Schutzbereich der Kapitalverkehrsfreiheit	515	1054
(β) Sachlicher Schutzbereich der Zahlungsverkehrsfreiheit	519	1062
(γ) Persönlicher, räumlicher und zeitlicher Schutzbereich der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	519	1063
bb) Eingriff	520	1064
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	520	1064
(β) Einheitlicher Beschränkungsbegriff	520	1065
cc) Rechtfertigung	522	1068
(α) Geschriebene Rechtfertigungsgründe	523	1069
(αα) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. a AEUV	523	1069
(ββ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. b AEUV	524	1071
(γγ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 2 AEUV	526	1075
(β) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	526	1077
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	527	1080
dd) Die sekundärrechtliche Ausgestaltung des Kapital- und Zahlungsverkehrs	528	1081
b) Schutz- und Embargomaßnahmen	528	1082
c) Merksätze	529	1083
4. Kapitel Interne Politiken der Europäischen Union	531	1084
I. Landwirtschafts- und Fischereipolitik	531	1084
II. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	533	1089
1. Allgemeine Bestimmungen	534	1089
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	535	1093
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	541	1103

	Seite	Rn.
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	543	1105
a) Grundlagen und Ziele	543	1105
b) Gegenseitige Anerkennung in Strafsachen	543	1106
c) Eurojust	546	1111
d) Europäische Staatsanwaltschaft	547	1114
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	547	1115
a) Grundlagen und Ziele	547	1115
b) Handlungsfelder der polizeilichen Zusammenarbeit	548	1117
aa) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 2 AEUV	548	1117
bb) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 3 AEUV	549	1118
cc) Völkerrechtliche Übereinkommen nach Art. 37 EUV	549	1119
III. Wettbewerbskontrolle	549	1120
1. Wettbewerbspolitik	549	1120
a) Kurzüberblick	550	1120
b) Das Schutzgut „Wettbewerb“	551	1122
c) Merksätze	556	1127
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	557	1128
a) Kartellverbot – Art. 101 AEUV	558	1128
aa) Verbot mit Legalausnahme und anschließender Kontrolle	558	1128
bb) Normadressaten des Kartellverbots	559	1131
(a) Unternehmen	559	1131
(B) Öffentliche und mit ausschließlichen oder besonderen Rechten ausgestattete Unternehmen (Art. 106 Abs. 1 AEUV)	564	1138
(γ) Mitgliedstaaten	565	1140
cc) Erfasste Verhaltensweisen	568	1142
dd) Wettbewerbsverfälschung	570	1146
ee) Spürbarkeit	573	1150
ff) Die Ausnahmenvorschrift des Art. 101 Abs. 3 AEUV	574	1152
gg) Die Kommissionsbefugnisse (Kartellverfahrens- verordnung 1/2003)	576	1156
hh) Bedeutung des Unionskartellrechts für die Anwendung mitgliedstaatlicher Kartellverbote	581	1163
b) Missbrauchsaufsicht – Art. 102 AEUV	582	1164
aa) Marktbeherrschende Stellung	582	1165
(a) Marktabgrenzung	583	1166
(B) Marktbeherrschung	587	1173
bb) Missbräuchliche Ausnutzung	590	1178
c) Sektorspezifische Wettbewerbsbestimmungen	599	1190
d) Fusionskontrolle	601	1193